

Faire globale Steuerregeln

Vorlage für das SPE-Präsidium am 25. Juni 2021
Übersetzter Entwurf

Die SPE fordert seit langem mehr Steuergerechtigkeit und eine Reform der globalen Steuerregeln, die eindeutig veraltet sind. Mit der Coronavirus-Pandemie ist ein effektives Steuersystem noch wichtiger geworden. Regierungen auf der ganzen Welt müssen Einnahmen erzielen, um ihre Gesundheitssysteme zu finanzieren und die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, die die Covid-19-Krise verschärft hat, zu beheben. Die normalen Bürgerinnen und Bürger sollten jedoch nicht für diese Krise bezahlen müssen, während die Wohlhabendsten nur einen minimalen oder gar keinen Beitrag leisten müssen.

In der digitalen Wirtschaft ist es durch die Entkopplung von physischer Präsenz und Umsatzgenerierung möglich geworden, den Markt eines Landes zu dominieren, ohne dort auch nur einen einzigen Mitarbeiter zu beschäftigen. Diese fehlende physische Präsenz, gepaart mit veralteten Vorschriften aus dem 20. Jahrhundert, hat es multinationalen Unternehmen ermöglicht, ihre Gewinne in Niedrigsteuerränder zu verlagern, um ihre Steuerabgaben zu minimieren. Aggressive Steuerplanung ist zur Norm geworden.

Wir begrüßen daher die laufenden Arbeiten unserer sozialdemokratischen ECOFIN-Minister, mit Olaf Scholz als Vorsitzendem des Netzwerks, um eine Einigung auf OECD-Ebene mit Unterstützung auch der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und der sozialdemokratischen Akteure auf nationaler Ebene zu erreichen. Die jüngste Position der neuen US-Regierung, einen effektiven globalen Mindeststeuersatz zu fordern, und ihr Plan, die größten Unternehmen in den Märkten, in denen sie tätig sind, Steuern zahlen zu lassen, tragen weiter zu dieser wichtigen internationalen Dynamik bei. Ziel ist es, bis zum Sommer 2021 eine Einigung zu erzielen.

Wir fordern die europäischen Staaten auf, einen ausreichend hohen Mindeststeuersatz anzustreben, damit wir den Wettlauf nach unten umkehren - und nicht nur aufhalten - können. Für den Fall, dass es zu keiner Einigung kommt, hat EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni deutlich gemacht, dass die EU-Kommission an einer europäischen Alternative arbeiten würde.

Wir als SPE stehen für Fairness und das Prinzip, dass diejenigen, denen es am besten geht, nicht von der Verpflichtung zur Solidarität ausgenommen sind. Als SPE wollen wir die folgenden Grundprinzipien bekräftigen:

- Alle müssen ihren fairen Anteil zahlen, auch die in der EU tätigen multinationalen Unternehmen und die Superreichen, insbesondere die Digitalkonzerne, die von der aktuellen Krise profitiert haben.
- Eine faire Besteuerung wird dazu beitragen, die Schulden aus der Pandemie abzutragen, auch durch neue Eigenmittel zur Rückzahlung für die nächste Generation der EU.
- Wir wollen, dass alle Gewinne gerecht besteuert werden, auch durch eine Digitalsteuer. Wir wollen diesem globalen Wettlauf nach unten Einhalt gebieten, der die sozialen Sicherungssysteme und die nationalen Politiken für öffentliche Investitionen auf allen Ebenen untergräbt und Steueroasen subventioniert.
- Wir wollen Steuergerechtigkeit und werden weiterhin den Kampf für die Ausrottung von Steueroasen, Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und aggressiver Steuerplanung anführen.
- Wir unterstützen ein umfassendes multilaterales Abkommen als den besten Weg nach vorn. Die Bemühungen auf OECD-Ebene können eine Lösung nicht nur für die

Besteuerung der digitalen Wirtschaft, sondern auch für die Schaffung neuer globaler Unternehmenssteuerregeln finden. Dies ist eine historische Chance, die Globalisierung für die Vielen gerechter zu machen.

- Wir fordern daher alle Regierungen auf, geschlossen und koordiniert auf eine EU-Reaktion zur Regulierung der Aktivitäten multinationaler Unternehmen hinzuwirken, beginnend mit einem klaren und nachhaltigen Steuerrahmen, der sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer berücksichtigt.
- Wir müssen die Chance zur Transformation nutzen, die die europäischen Konjunkturprogramme mit sich bringen, um eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen und die sozialen Standards zu erhöhen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind sich sehr wohl bewusst, dass multinationale Unternehmen bisher nicht ihren fairen Anteil an Steuern zahlen. Nicht zuletzt die weltweiten Steuerskandale haben deutlich gemacht, dass jetzt ein Wandel notwendig ist. Steuergerechtigkeit stand schon immer ganz oben auf unserer politischen Agenda. Jetzt besteht die Chance auf eine faire Lösung, die wir für alle erreichen wollen.